

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 21 90 38/39
Telex: 886 846 ppbr d

Inhalt

Dr. h.c. William Borm unterstreicht die Verdienste Egon Bahrs um die Verbesserung des Ost-West-Verhältnisses: Der Friede und das Leben brauchen Menschen wie ihn.

Seite 1

Heinz Menzel MdB skizziert die Situation auf dem Welt-Energiemarkt: Probleme und Perspektiven unserer Energiepolitik. (Teil II und Schluß)

Seite 3

Dokumentation
Die saarländischen SPD-Bundestagsabgeordneten haben an die Bundesregierung appelliert, ein Stahlprogramm aufzulegen: Die Bundesregierung muß ihrer nationalen Verantwortung gerecht werden. Die Erklärung im Wortlaut

Seite 6

42. Jahrgang / 52

17. März 1987

Der Friede und das Leben brauchen Menschen wie ihn

Egon Bahr zum 65. Geburtstag

Von Dr. h.c. William Borm

Egon Bahr ist 65 Jahre alt geworden. Dies will schier unglaublich scheinen für jeden, der wie ich seine unermüdliche Tatkraft seit nun bald 30 Jahren hat verfolgen können, nicht als Parteifreund, wohl aber als Mitstreiter am gleichen Werk, welches das Überleben unseres alten Europa sichert durch den Ausgleich zwischen Ost und West. Als illusionsloser, zäher Kämpfer ist sein Name bereits heute in den Annalen der Geschichte verzeichnet. Er wird Bestand haben, denn seine Erfolge sind lebenssichernd. Daß ihn der Haß der ewig Gestrigen verfolgt, die nie begreifen werden, daß das Rad der Geschichte nicht stehen bleibt, ehrt ihn. Es ist geradezu der Beweis für die Richtigkeit seiner zeitgemäßen Politik.

Es ist nur konsequent, daß die Universität Hamburg den erfolgreichen Friedenskämpfer für den Ausgleich in Europa auch für die Wissenschaft gewonnen hat, indem sie ihn zum Nachfolger des Grafen Baudissin an ihrem Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik bestellte. Hier hat er Gelegenheit, mit Hilfe bewährter Mitarbeiter wissenschaftlich zu untermauern, was er in die Praxis umsetzt.

Sicherheit ist der Begriff, der den Politiker und erfolgreichen Praktiker Egon Bahr als Hauptaufgabe gepackt hat. Es sind die gleichen Kräfte, die sich ihm auch hier in den Weg stellen, die noch immer glauben, daß Friede allein durch Waffen gesichert werden könne, weil sie nicht begreifen wollen, daß im Zeitalter der Massenvernichtungsmittel die Menschheit nur wählen kann zwischen gemeinsamem Untergang oder gemeinsamem Überleben. Bei seinem Kampf auf dieser Ebene hat er nicht nur die Unbelehrbaren gegen sich, sondern, was bedenklicher ist, die

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus 1/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mtl. zuzügl. Mwst und Versand.

Vertrieben durch
den Deutschen Buchverlag
Bonn



Interessen der Nutznießer an der Rüstung, das internationale große Geld und deren Satelliten. Er weiß es, aber sein Pflichtgefühl und seine Beharrlichkeit im Kampf für die von ihm als richtig erkannten Ziele sind es, die ihm Kraft verleihen.

Das von ihm geprägte Wort vom Wandel durch „Annäherung“ hat sich inzwischen als realistisch erwiesen. Menschen wie er haben dazu beigetragen, daß sich im Osten Europas, auch in der Sowjetunion, Wandlungen vollziehen, die zu Zeiten eines Stalin niemand für möglich gehalten hätte. Hätten nicht er und seine Mitstreiter immer wieder die Hand ausgestreckt, wie sonst hätte sich die Verkrampfung des Kommunismus lösen können? Dankbar sei dessen gedacht, daß die Sozialdemokratische Partei und ihre führenden Persönlichkeiten Egon Bahr auf seinem Weg begleitet und ihm auch bei manchmal scheinbarer Hoffnungslosigkeit gegenüber Håme und Verleumdungen, auch aus dem eigenen Lager, den Rücken gestärkt haben. Auch das ist bereits von der Geschichte verzeichnet. Wer für den Frieden streitet, weiß, daß es nicht genügt, den Frieden verbal zu bejahen, wenn man andererseits untätig bleibt gegenüber dem Wahnsinn der weltweit betriebenen Überrüstung. Bedeutet das etwa ein Mehr an Sicherheit, wenn die Weltmächte sich zehnmal anstatt „nur“ neunmal gegenseitig vernichten können? Und den Erdball dazu?

Über seinen Handlungen darf der Mensch Egon Bahr nicht vergessen werden. Wann immer er um Hilfe angegangen wird, sucht er Mittel und Wege, um helfen zu können. Er ist ein verlässlicher Helfer in allen Lebenslagen. Man versucht ihm anzukreiden, daß er auch auf der Gegenseite Hochachtung genießt. Man schätzt trotz aller Härte, mit der er unsere Interessen wahrnimmt, seine Offenheit und seine Verlässlichkeit. Das ist wahrlich besser, als wenn er als unzuverlässig und verschlagen angesehen würde. Oder gar als überheblich, wie eine bestimmte Clique bei uns anderen Völkern gegenüber auftritt. Das ist nicht nur unangemessen, es ist schlichtweg dumm. Durch seinen Realitätssinn und seine wache Intelligenz ist unser Jubilar dagegen gefeit. Man getraut sich kaum, dieses Wort bei ihm in den Mund zu nehmen. Er gehört zu denjenigen Menschen, bei denen man sich fragt, was sie wohl falsch gemacht haben könnten, wenn sie von Leuten gelobt wurden, die bereits zweimal unermessliches Leid über Europa und über unser Volk gebracht haben und die, ließe man sie gewähren, dies bedenkenlos ein weiteres Mal tun würden. Nicht mit großen Worten, wohl aber durch seine überzeugende Lebensarbeit stellt sich Egon Bahr ihnen entgegen. Er sucht nicht die Öffentlichkeit. Seine Zurückhaltung verbietet ihm, nach lautem Beifall zu streben. Daß der Erfolg seiner Arbeit dem Frieden dient und das Überleben aller Menschen sicherer macht, ist ihm Lobes genug.

Wir alle erleben als Frucht auch seines Wirkens, daß sich in der Sowjetunion Veränderungen vielleicht geschichtlichen Ausmaßes anbahnen. Die Politik Egon Bahrs erlaubt den Hinweis, daß auf unserer westlichen Seite, nicht zuletzt in der Bundesrepublik Deutschland, diejenigen Kräfte ermutigt werden, die die Zukunft im Auge haben. Diese Menschen sehen in der Teilung Europas und damit auch unseres eigenen Landes, einen unnatürlichen Zustand, der keinen Bestand haben kann, sondern geändert werden wird. Daß dies nur allmählich und nur auf friedlichem Wege trotz aller entgegenstehenden Interessen und Kräfte geschehen kann, auch dafür legt Egon Bahr das Fundament.

Wir alle danken ihm für sein unermüdliches Wirken um Verständigung und Frieden. Wir wünschen ihm auch für die kommenden Jahre bei den zu erwartenden harten Auseinandersetzungen seine bewährte Zielstrebigkeit, seinen Mut und vor allem wünschen wir ihm eine robuste Gesundheit. Der Friede und das Leben brauchen Menschen wie ihn. In aller Bescheidenheit: auch seine Freunde brauchen ihn.

(-/17.3.1987/st/ks)

* * *



Probleme und Perspektiven unserer Energiepolitik (Teil II und Schluß)

Versuch einer Bestandsaufnahme

Von Heinz Menzel MdB

Nicht nur die Einstellung breiter Bevölkerungsschichten zu der Frage der Akzeptanz der Kernenergie, sondern auch die Prognosen über den Energieverbrauch in der Bundesrepublik haben sich in den letzten 20 Jahren gravierend verändert.

1968 wurde für das Jahr 2000 ein Primärenergieverbrauch von 800 Millionen/t/SKE prognostiziert. Die Kernenergie sollte nach dieser Prognose einen Beitrag von 250 Millionen/t/SKE leisten.

1977 - bei der 2. Fortschreibung des Energieprogrammes der Bundesregierung - schätzte man den Primärenergieverbrauch im Jahr 2000 noch auf 600 Millionen/t/SKE und einen Kernenergieanteil von 180 Millionen/t/SKE.

Heute, 1987 rechnet man für das Jahr 2000 noch mit einem Energieverbrauch von 400 Millionen/t/SKE und einem Kernenergieanteil von 50 bis 60 Millionen/t/SKE (wobei die Prognosedaten zwischen der Bundesregierung und „Prognos“ differieren).

Die Prognosedaten haben sich somit innerhalb der letzten 20 Jahre drastisch verändert. Der Verbrauch für das Jahr 2000 wird heute um 50 Prozent niedriger eingeschätzt, als vor 20 Jahren.

Da die Investitionsentscheidungen in der Energiewirtschaft langfristig erfolgen müssen (von der Entscheidung über die Errichtung eines Kraftwerkes bis zur Inbetriebnahme vergehen acht bis zehn Jahre) und die Entscheidungen immer aufgrund der, bei der Entscheidung geltenden Prognosedaten getroffen werden, müßte es zu Kapazitätsüberhängen kommen.

Geführt hat diese Tatsache auch zu einer Verschiebung des Anteils der Primärenergieträger an der Energieversorgung.

Dazu hat natürlich auch das Verbot der Errichtung neuer Ölkraftwerke beigetragen.

Tatsächlich hatten wir 1986 einen Primärenergieverbrauch von 385 Millionen/t/SKE.

- Die Steinkohle hatte einen Anteil von 76,8 Millionen/t/SKE (- 2,4 Millionen/t/SKE zu 1985),
- die Braunkohle einen Anteil von 33,1 Millionen/t/SKE (- 2,9 Millionen/t/SKE gegenüber 1985),
- die Kernenergie einen Anteil von 39 Millionen/t/SKE,
- das Mineralöl einen Anteil von 166,7 Millionen/t/SKE,
- das Erdgas einen Anteil von 58,3 Millionen/t/SKE und
- Wasser und sonstige einen Anteil von 10,8 Millionen/t/SKE.

Der Verbrauch im Jahre 1987 wird sich nicht wesentlich verändern.

Im Bau befinden sich noch Kernkraftwerke mit einer Leistung von 3.768 MW. Dabei ist der „Schnelle Brüter“ in Kalkar mit einer Leistung von 280 MW unberücksichtigt, da seine Inbetriebnahme noch ein zusätzliches Problem darstellt. Weiter ist unberücksichtigt das Kernkraftwerk Mülheim-Kärlich mit einer Leistung von 1.227 MW, das zwar schon fertiggestellt, aber noch nicht in Betrieb ist. Das heißt, daß in den Jahren 1986, 87, 88, nach den Vorstellungen der Kraftwerkswirtschaft, noch Kernkraftwerke mit einer Leistung von 4.995 MW ans Netz gehen sollen. Diese Kraftwerke wurden geplant, als für das Jahr 2000 mit einem Energieverbrauch von 600 Millionen/t/SKE gerechnet wurde. Da der Verbrauch nach heutigem Wissen aber nur 400 Millionen/t/SKE betragen wird, wurde die Inbetriebnahme dieser Kraftwerke zu Lasten konventioneller Energieträger - im wesentlichen wohl der Kohle - gehen.



Konsens bisher war zwar, daß Kohle und Kernenergie genutzt werden solle, daß aber die Kernenergie den Zuwachs an Energiebedarf decken, nicht aber die Kohle verdrängen solle. Die im Bau befindlichen Kernkraftwerke (4.995 MW) wurden bei einer Beschäftigung von 7.000 Std/a, wenn man je 1.000 300 t/SKE Verbrauch zugrunde legt, rund 1,5 Millionen/t/SKE, verbrauchen.

Der bisher bestehende Konsens, der auf Kohlevorrang und Kernenergie basiert, aber nicht die Verdrängung der Kohle beinhaltet, sondern der Kernkraft gemeinsam mit der Steinkohle die Deckung des Zuwachses beim Energiebedarf überließ, wird unabhängig von der Frage des Ausstiegs aus der Kernenergie, von der Kernkraftwirtschaft gebrochen, weil sie nunmehr für sich in Anspruch nimmt, die Kernkraftwerke in Betrieb gehen zu lassen, obwohl die Voraussetzungen unter denen sie geplant wurden, nicht eintreten. Denn aus versorgungstechnischen Gründen ist - wegen des stagnierenden Energieverbrauchs - die Inbetriebnahme der im Bau befindlichen Kernkraftwerke - und auch der Kernkraftwerke Brokdorf und Mülheim-Kärlich - nicht erforderlich.

Um ein weiteres Ausdehnen der Kernkraft zu verhindern, sollte die Genehmigung für die Inbetriebnahme eines im Bau befindlichen Kernkraftwerkes von der Stilllegung eines alten Kernkraftwerkes gleicher Kapazität abhängig gemacht werden. (Damit würde auch der Sicherheitsstandard erhöht, weil neue Kraftwerke unter Berücksichtigung der neuesten Erkenntnisse errichtet werden).

Da auch die Möglichkeit des technischen Ersatzes der im Betrieb befindlichen Kernkraftwerke durch andere Energieträger niemals bestritten wird, spielt dieses Argument bei der Suche nach einem neuen Konsens keine Rolle.

Der Einsatz der Kernenergie wird von den Befürwortern immer mit niedrigen Energiekosten begründet. Bei der Suche nach einem neuen Konsens hilft es nicht, sich darüber auseinanderzusetzen, inwieweit die Kostenkalkulationen richtig sind, und ob die bevorzugte Förderung der Kernkraft mit öffentlichen Mitteln richtig war und in der Kalkulation entsprechend berücksichtigt wurde.

Es ist lediglich die Frage der volkswirtschaftlichen Vertretbarkeit - eventuell, durch Wegfall der Kernenergie höhere Energiekosten - zu prüfen. Übernimmt man die Kalkulation der Kernkraftbefürworter, dann würden durch den Einsatz der Kernkraft Mehrkosten von fünf bis sechs Milliarden DM entstehen. Ihnen ist das Sozialprodukt von 2.000 Milliarden Mark gegenüberzustellen.

In diesem Zusammenhang sei daran erinnert, daß in den letzten Jahren die Wirtschaft jährlich durch Senkung der Energiepreise 35 bis 40 Milliarden DM gespart hat - oder, daß sich die Leistungen für Ersatz von Tschernobyl-Schäden allein in der Bundesrepublik bisher schon auf 600 Millionen DM belaufen.

Daraus ergibt sich, daß selbst bei Übernahme der Kostenkalkulation der Kernkraftwirtschaft der Verzicht auf die Kernkraft weder zum wirtschaftlichen Desaster führt noch eine Absage an die Industriegesellschaft bedeutet.

Die Belastungen für die Volkswirtschaft wären wahrscheinlich geringer als die Verluste durch Fehlinvestitionen im Ausland und die Abschreibungen, die von den Banken wegen nicht einbringbarer Kreditforderungen allein in den letzten drei Jahren vorgenommen wurden.

Auch das finanzpolitische Argument läßt sich also objektiv nicht aufrecht erhalten, dürfte also bei der Suche nach einem neuen Konsens nicht ausschlaggebend sein. Ein Problem allerdings ist die gerechte Verteilung der Mehrkosten so, daß weder die Lebensfähigkeit einzelner Branchen oder Unternehmen bedroht wird noch Regionen benachteiligt werden.

Wenn es bei der bisher von großen Teilen der Bevölkerung, den Gewerkschaften, der Wirtschaft und den Parteien, vertretenen Kohlevorrangpolitik bleibt, müssen die sich daraus ergebenden Kosten auch auf die ganze Wirtschaft und die ganze Republik verteilt werden.



Dazu haben die bisher geschaffenen Instrumente (Kohlepfennig, Kokscohlenbeihilfe) beigetragen, wobei allerdings zu verzeichnen ist, daß die Kohleförderländer NRW und das Saarland für den Erhalt der jetzigen Förderkapazität und die Förderung des Absatzes - im Interesse der ganzen Republik - große Leistungen erbracht haben.

Der bisher bestehende Konsens wird, unabhängig von der Frage des Ausstiegs aus der Kernkraft, von der Kernkraftwirtschaft durch ihren nunmehr erhobenen Verdrängungsanspruch und denen die, wie die Regierungskoalition und die Länder Bayern und Niedersachsen, die Förderung des Kohleeinsatzes reduzieren wollen, gebrochen.

Zusammengefaßt ergibt sich:

1. Energiepolitik - mit oder ohne Kernenergie - ist nicht mit knappen Mehrheiten, sondern nur im breiten Konsens durchzuführen.
2. Ein sofortiger Ausstieg aus der Kernenergie oder ein Ausstieg innerhalb von zehn Jahren, aber auch eine Beibehaltung der jetzigen Kernenergiepolitik, ist zur Zeit nicht konsensfähig.
3. Die Inbetriebnahme der im Bau befindlichen Kernkraftwerke verdrängt Kohle; sie ist aus Versorgungsgründen nicht erforderlich. Die Genehmigung für die Inbetriebnahme eines im Bau befindlichen Kernkraftwerkes sollte nur bei gleichzeitiger Stilllegung eines alten Kernkraftwerkes erfolgen.
4. Die Leistungen der im Betrieb befindlichen Kernkraftwerke können technisch durch vorhandene, beziehungsweise mittelfristig durch neuzubauende Kraftwerke mit konventionellen Energien ersetzt werden.
5. Die behaupteten Mehrkosten sind von der Volkswirtschaft verkraftbar.
6. Der Ausstieg aus der Kernenergie bedeutet nicht den Ausstieg aus der Industriegesellschaft.
7. Die Verteilung eventueller Mehrkosten ist ein Problem, das politisch zu entscheiden ist.
8. Die Beibehaltung der Kohlevorrangpolitik, das heißt der Erhalt des jetzigen Fördervolumens und die Förderung des Absatzes liegt im nationalen Interesse; die Kosten sind so zu verteilen, daß weder Branchen noch Regionen benachteiligt werden.
9. Durch den Anspruch der Kernenergiewirtschaft, im Bau befindliche Kernkraftwerke auch zu Lasten der Kohle ans Netz gehen zu lassen, und die Bestrebungen Bayerns und Niedersachsens sowie die bekanntgewordenen Koalitionsvereinbarungen, wird der bisherige Konsens in der Energiepolitik zerstört.
10. Energiepolitische Entscheidungen müssen langfristig sein; ein Verzicht auf die heimische Kohle oder eine drastische Reduzierung der Förderung sind langfristig volkswirtschaftlich unvernünftig.
11. Ein neuer Konsens in der Energiepolitik wäre denkbar, wenn an
 - dem Grundsatz der Kohlevorrangpolitik festgehalten,
 - die jetzige Förderkapazität und der Absatz gesichert würden und
 - der Ausstieg aus der Kernkraft nicht sofort, sondern in einem längeren Zeitraum als zehn Jahre erfolgte.

(-/17.3.1987/st/ks)

* * *



DOKUMENTATION

Die Bundesregierung muß Ihrer nationalen Verantwortung gerecht werden

Die saarländischen SPD-Bundestagsabgeordneten haben eine gemeinsame Erklärung zur Stahlkrise verabschiedet. Darin appellieren sie erneut an die Bundesregierung, in Anlehnung an das Werftenprogramm ein Stahlprogramm aufzulegen. Wir dokumentieren die Erklärung im Wortlaut:

Die seit über zehn Jahren andauernde Stahlkrise treibt gegenwärtig einem neuen Höhepunkt zu. Die Stahlindustrie in der Bundesrepublik Deutschland ist damit erneut von substantiellen Schrumpfbewegungen bedroht, die die betroffenen Regionen an der Saar und der Ruhr in ihrer wirtschaftlichen Existenz berühren. Die Marktwirtschaft ist im europäischen Stahlbereich seit langem außer Kraft. Wer ihre „Heilungskräfte“ beschwört, um unter dem Stichwort „Liberalisierung des europäischen Stahlmarktes“ eine industrie- und strukturpolitische Kahlschlag-Sanierung durchzusetzen, handelt betrügerisch und bringt zehntausende Menschen in eine verzweifelte und schier ausweglose Lage.

Wir fordern die Bundesregierung auf, endlich ihrer nationalen Verantwortung Rechnung zu tragen und gemeinsam mit allen im Bereich der Stahlindustrie Verantwortlichen ein Stahlkonzept auf der Basis der bisherigen Stahlstandorte zu erarbeiten. Das von Bundeswirtschaftsminister Bangemann vertretene Schein-Konzept der reinen Marktwirtschaft ist keine Antwort, da es angesichts der Subventionspraktiken in den Herkunftsländern der deutschen Stahlimporte noch nicht einmal im eigenen Land gelten würde. Wir fordern die Bundesregierung weiterhin auf, endlich die volle Ausschöpfung der im EG-Sozialfonds zur Verfügung stehenden Mittel sicherzustellen, damit die unabwiesbaren Folgen der Stahlkrise wenigstens in angemessener Weise sozial abgefedert werden können. Am Ende des letzten Jahres hat die Bundesregierung mit einem Programm für die Küstenländer Hamburg, Bremen, Niedersachsen und Schleswig-Holstein schnell auf die sich zuspitzende Werftenkrise reagiert. Sie ist jetzt in gleicher Weise gefordert, die von der Stahlkrise betroffenen Montanländer Nordrhein-Westfalen und Saarland zu unterstützen, da es hier wie dort um das wirtschaftliche und soziale Überleben ganzer Regionen geht. Mit der Stahlindustrie sind sowohl die dort selbst als auch die in den vor- und nachgelagerten Wirtschaftsbetrieben beschäftigten Menschen und deren Angehörige betroffen. Sie repräsentieren Kaufkraft, Wirtschaftskraft und damit den allgemeinen Wohlstand ihrer Region.

Die Forderung nach einem Stahlprogramm in Anlehnung an das Werftenprogramm des vergangenen Jahres verbindet uns inzwischen auch mit führenden Vertretern der Wirtschaft, wie dem Präsidenten des Hauptverbandes der Deutschen Bauindustrie. Der saarländische Bauverband hat sich mit einer ähnlichen Forderung sofort nach der Wahl an uns gewandt. Daraus wird ersichtlich, daß unsere Forderungen nicht mit wirtschaftspolitischen Grundsatzklärungen oder parteipolitischer Polemik vom Tisch gefegt werden können. Es geht vielmehr um die Frage, ob die Stahlarbeiter nach der Wahl um das betrogen werden, was den Werftarbeitern vor der Wahl gewährt wurde.

Ottmar Schreiner Margit Conrad Alwin Brück Lothar Fischer

(-/17.3.1987/st/ks)

* * *

